



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

IV. Nach der Enthüllung

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

IV

Nach der Enthüllung

Nr. 1

**Erklärung früherer bayerischer Minister
vom 25. November**

Amtliche Pressemitteilung

Im Ministerrat des Volksstaates Bayern lag heute folgende mündliche Erklärung der Herren Staatsminister von Thelemann, von Breunig und von Knilling vor:

„Wir erklären hiermit, dass wir von dem gestern durch die Presse bekanntgegebenen Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin und den darin behandelten Tatsachen bisher weder amtlich noch privat die geringste Kenntnis erhielten oder hatten.“

Dieser Erklärung hat sich auch der frühere Verkehrsminister von Seidlein angeschlossen. Der Ministerrat hat von sich aus beschlossen, diese Erklärung zu veröffentlichen.

Nr. 2

Halbamtliche Mitteilung des Auswärtigen AmtesDeutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 600

25. November 1918

Die amtliche Korrespondenz der bayerischen Republik veröffentlichte gestern Auszüge aus den Gesandtschaftsberichten, die der ehemalige Bevollmächtigte Bayerns beim Bundesrat, Graf Lerchenfeld, von Berlin aus in den kritischen Tagen vor Ausbruch des Krieges an seine Regierung gesandt hat. Die Veröffentlichung entspringt der Absicht der jetzigen bayerischen Regierung, über die Vorfälle, die zum Kriege führten, und über die persönliche Schuldfrage dem deutschen Volke rückhaltlos die Wahrheit zu sagen. In diesem ernstesten Willen wird sie nicht nur von allen Schichten des Volkes selbst, sondern auch von der jetzigen Reichsregierung unterstützt, die unseres Wissens ebenfalls mit einer zweifelfreien dokumentarischen Geschichte der Entstehung des Krieges aus den Akten des Auswärtigen Amtes beschäftigt ist.

4*

Bei dieser Sachlage muss es fraglich erscheinen, ob eine bruchstückweise Veröffentlichung von Dokumenten der Absicht, einer vollen Aufklärung zu dienen, geeignet ist. So wenig der neue Kurs in Deutschland Anlass hat, irgend etwas zu vertuschen oder Schuldige zu decken, so wenig kann er seine Aufgabe darin erblicken, einseitige Anklagen auf die ehemalige deutsche Regierung zu häufen und unter Freisprechung der imperialistischen Entente politik das geschichtliche Urteil vorzeitig dahin festzulegen, dass Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage.

Aus den Berichten des Grafen Lerchenfeld scheint nun das eine deutlich hervorzutreten, dass die deutsche Regierung, entgegen ihren Behauptungen, die österreichisch-ungarische Note an Serbien zwar nicht wörtlich, wohl aber inhaltlich bereits am 18. Juli 1914, also eine Woche vor ihrer Überreichung in Belgrad, gekannt hat, und dass sie wusste, dass „Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen“ konnte. Aus seinen Unterhaltungen mit dem damaligen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Herrn Zimmermann, hatte Graf Lerchenfeld den Eindruck, dass die deutsche Regierung entschlossen war, Österreich-Ungarn zu einer Auseinandersetzung mit Serbien zu ermutigen und ihm dabei selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin Blankovollmacht zu geben, weil sie überzeugt war, dass die fortschreitende Zersetzung der Nationalitäten im Habsburgischen Reiche dieses bald aktionsunfähig machen würde.

Im übrigen bezieht sich der Inhalt der Lerchenfeldschen Berichte auf die Meinungen und Spekulationen, von denen die deutschen führenden Staatsmänner (genannt ist nur Herr Zimmermann) in bezug auf den Verlauf der Krise und die vermutliche Haltung der Entente beherrscht wurden. Es scheint daraus hervorzugehen, dass man in Berlin verhängnisvollerweise annahm, der gutartige Verlauf der bosnischen Krise von 1908 werde sich wiederholen und Österreich-Ungarn mit dem gestärkten politischen Ansehen, dessen es bedurfte, daraus hervorgehen.

Die Veröffentlichung der Münchener Regierung, die wir aus dem oben angegebenen sachlichen Grunde bedauern, hat naturgemäß dort das grösste Aufsehen erregt, wo man die relative Bedeutung dieser bruchstückhaften Wahrheiten nicht erkennen kann oder nicht erkennen will. Es kann auch nicht ausbleiben, dass das feindliche Ausland und parteiische neutrale Stimmen sich des gebotenen Stoffes bemächtigen, um in der Schuldfrage ein endgültiges Urteil zu Lasten Deutschlands zu sprechen. Im Namen der Wahrheit legen wir dagegen Verwahrung ein. Es soll rücksichtslos volle Klarheit geschaffen werden. Nachdem die Veröffentlichung aus russischen Archiven durch die revolutionäre Regierung die Schuld der zaristischen Regierung klar erwiesen hat, ist die neue deutsche Regierung bereit, festzustellen, ob Deutschland eine Mitschuld trifft. Das ganze Gleichgewicht der historischen

Wahrheit jedoch wird erst hergestellt sein, wenn auch die Pariser und Londoner Archive durch das französische und englische Volk geöffnet sein werden. Um aber zu verhüten, dass unzulängliche Enthüllungen in diesen Prozess der historischen Gerechtigkeit störend eingreifen, möchten wir hoffen, dass die zusammenfassende Darstellung der Ursachen des Weltkrieges durch die deutsche Regierung tunlichst beschleunigt werde.

Nr. 3

Amtliche Mitteilung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 600

25. November 1918

Die bayerische Gesandtschaft teilt hierdurch mit, dass der erste der gestern veröffentlichten bayerischen Gesandtschaftsberichte nicht vom Grafen Lerchenfeld, sondern von Dr. Hans von Schoen abgefasst ist.

Nr. 4

Entgegnung Bethmann Hollwegs

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 603

27. November 1918

Der ehemalige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erklärt einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung folgendes:

Ich bin dankbar, dass Sie mir Gelegenheit geben, mich zu den bayerischen Veröffentlichungen über den Ursprung des Krieges zu äussern. Ich habe ein mindestens ebenso grosses Interesse daran, die Wahrheit festzustellen, wie die bayerische Regierung. Mir scheint aber, dass, wenn man der Wahrheit dienen will, man nicht Bruchstücke herausgreifen und aus Ihnen Gesamtfolgerungen ziehen darf, wie es, soweit ich sehe, ein Teil der Presse schon tut.

Die bisherigen Veröffentlichungen der bayerischen Regierung beziehen sich lediglich auf den österreichisch-serbischen Konflikt und auf unsere Stellung dazu, berücksichtigen also weder die Gesamtsituation, noch die Vorgänge, welche sich an den Konflikt mit Serbien angeschlossen haben.

Lassen Sie mich die entscheidenden Linien bezeichnen, soweit das in einem kurzen Gespräch und ohne die Zuhilfenahme von Aktenmaterial möglich ist.

Es ist vollkommen richtig, dass wir Österreich beigestimmt haben, als es nach dem Attentat von Serajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärte, dass wir uns auch zur Erfüllung unserer Bündnispflichten ausdrücklich bereit erklärten, falls sich aus dem Vorgehen gegen Serbien weitere kriegerische Komplikationen ergeben sollten¹⁾. Wir haben deshalb auch nie und in keiner Form, also auch nicht durch den Hinweis auf die Nordlandsreise des Kaisers und auf den Urlaub des Generalstabschefs und des Kriegsministers behauptet, wir seien durch die Aktion Österreichs überrascht worden. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatums vor seiner Absendung nicht gekannt. Die gegenteilige Behauptung ist, jedenfalls soweit meine Person in Betracht kommt, unrichtig. Ich habe das Ultimatum auch, nachdem es danach zu meiner Kenntnis gekommen war, für zu scharf gehalten, und unsere Politik hat dieser meiner Ansicht im Verlauf der Dinge vollkommen Rechnung getragen. Doch davon hernach. Zunächst über die Gründe unserer Stellung zu dem Vorgehen Österreichs gegen Serbien.

Wie lag die politische Gesamtsituation? Heute wird wohl niemand mehr bestreiten wollen, dass die grosse Politik Frankreichs seit 1871 unverrückbar auf die Wiedergewinnung Elsass-Lothringens, diejenige Russlands, mit besonderer Schärfe seit dem japanischen Kriege, auf die Beherrschung Konstantinopels gerichtet war. Russland betrieb gleichzeitig in Verfolgung dieser seiner Pläne durch Vermittlung Serbiens eine systematische Aushöhlung der Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan. Beide Mächte verfolgten damit Ziele, die nur durch kriegerische Lösung verwirklicht werden konnten, und beide Mächte erfreuten sich in ihrer Gesamtpolitik der ausgesprochenen Unterstützung Englands. Dass diese Situation für Deutschland lebensgefährlich war und immer lebensgefährlicher wurde, je mehr die Stellung seines österreichischen Bundesgenossen durch die mit russischer Beihilfe erfolgenden serbischen Umtriebe geschwächt wurde, liegt auf der Hand. Man muss sich dabei daran erinnern, dass das grosse Programm des Präsidenten Wilson über den versöhnenden Völkerbund, das ja auch heute noch auf seine Verwirklichung wartet, jedenfalls damals noch keinerlei Geltung hatte, dass nationale Selbstbeschränkung im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens durchaus noch nicht als allgemeines Gebot internationaler Moral angesehen wurde, dass vielmehr vielen ungehemmter Machtwille als nationale Tugend und der Krieg als loyales Mittel zu seiner Betätigung galt. Ich meine, der russisch-japanische Krieg, der Burenkrieg, der italienisch-tripolitanische Krieg sind dafür klassische Beweise. Mit diesem Zustand musste Deutschland rechnen, wenn es die Bedeutung der serbischen Machenschaften gegen Österreich-Ungarn richtig einschätzen wollte. Und das war der Grund, der einzige Grund, weshalb Deutschland dem Vorgehen gegen

¹⁾ Vgl. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 15 u. 26.

Serbien zustimmte. Duldete Österreich-Ungarn tatenlos seine weitere Unterminierung, so musste Deutschland einem Zustand entgegensehen, wo es, sozusagen bündnislos, der auf die russische Allianz und die englische Freundschaft gestützten Revanchepolitik Frankreichs allein gegenüberstand.

Wie wenig es in unserer Absicht lag, den allgemeinen Krieg zu entfesseln, ergibt sich aus unserer gesamten weiteren Haltung. Ich darf die entscheidenden Momente kurz rekapitulieren.

Unser Bestreben, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, war durchaus kein abwegiger Gedanke. Niemand anders als Sir Edward Grey hatte ihn mit aller Energie zu dem seinigen gemacht und unterstützt. Gescheitert ist unsere Absicht lediglich an Russland, das sich für berechtigt hielt, den Konflikt vor sein Forum zu ziehen. Nunmehr setzten unsere Vermittlungsversuche zwischen Wien und Petersburg ein. Sie erinnern sich, dass England zu diesem Zweck zuerst eine Konferenz vorschlug, sich dann aber ausdrücklich unserem Vorschlag eines direkten Meinungsaustausches zwischen Wien und Petersburg anschloss. Sie erinnern sich weiterhin, dass wir das Wiener Kabinett energisch aufforderten, die zwischen ihm und dem Petersburger Kabinett entstandenen Missverständnisse zu beseitigen, und ihm in der denkbar schärfsten Form zu erkennen gaben, wie wir zwar bereit seien, unsere Bundespflichten zu erfüllen, es aber ablehnen müssten, uns von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen.¹⁾ Glauben Sie, dass man seinem Bundesgenossen, seinem einzigen Bundesgenossen gegenüber eine solche Sprache führt, gleichzeitig aber den Krieg will, den man ohne diesen Bundesgenossen gar nicht ausfechten kann? Sie erinnern sich endlich, wie infolge unserer Bemühungen die Konversation zwischen Wien und Petersburg in Fluss kam, als Russland plötzlich und entgegen den uns ausdrücklich gegebenen Versicherungen seine ganze Armee mobil machte. Dass diese Generalmobilmachung der Krieg war, der von einer allmächtigen Partei Russlands gewollte Krieg — nun ich meine, daran kann nach den Enthüllungen des Prozesses Suchomlinow kein Mensch mehr einen Zweifel haben. Das sind Tatsachen, die durch nichts aus der Welt geschafft werden können. Uns die Schuld am Kriege aufbürden, heisst Gegner für schuldlos erklären, die jahrzehntelang vereint Pläne betrieben, die sie nur bei kriegerischer Explosion verwirklichen konnten, es uns aber verwehren, uns dagegen aufzulehnen. Das ist nicht Recht, das ist Unrecht.

Der ehemalige Kanzler erörtert sodann noch die Frage, wie es kam, dass trotz dieser Tatsachen, über die er wiederholt im Reichstage gesprochen habe, die Schuld Deutschlands

¹⁾ Vgl.: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 395, 396 u. 441.

zur Überzeugung fast der ganzen Welt geworden sei. Er weist hin auf die staunenswerte Propaganda, mit der die Gegner es verstanden, Deutschland durch Mischung von Wahrem und Falschem im Misskredit zu bringen, sich aber als die selbstlosen Verfechter aller grossen und edlen Menschheitsgedanken hinzustellen.

Bethmann bekennt sich wieder zu seinem Worte vom 4. August 1914 über Belgien, betont die Bedeutung der elsass-lothringischen Angelegenheit für das Urteil der Welt und meint, dass Deutschland durch Mängel seiner Politik und durch „Sünden seines allgemeinen Gebarens“, durch provokatorische Worte und „alldeutsche Treibereien“ zu der Hochspannung beigetragen habe, aus der schliesslich der Krieg entstanden sei.

Nr. 5

Entgegnung des Staatssekretärs a. D. Dr. Zimmermann

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 607

29. November 1918

Der frühere deutsche Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Zimmermann äussert sich zu einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung wie folgt:

Wir sind in der Tat der Ansicht gewesen, dass mit der Bluttat von Serajewo für Österreich-Ungarn die Schicksalsstunde geschlagen hatte. Seine innere Lage hatte sich im Laufe der Jahre derartig verschlechtert, dass die Nachbarn im Süden und Osten bereits die Möglichkeit des völligen Zerfalls der Donaumonarchie ins Auge fassten und unverhüllt Gebietsansprüche erörterten. Die während des Krieges bekannt gewordenen serbischen Urkunden beweisen, dass Russland schon seit Jahren der serbischen Regierung den Erwerb österreichischer und ungarischer Gebietsteile zugesichert hatte. Österreich-Ungarn war durch die panslawistischen Treibereien in seiner Grossmachtstellung aufs äusserte gefährdet. Dass Deutschland gegenüber dieser Gefahr, die dem mitteleuropäischen Bunde drohte, nicht gleichgültig bleiben konnte, lag auf der Hand; das europäische Gleichgewicht hatte sich bekanntlich längst schon zu unseren Ungunsten verschoben, da wir mit einer aus drei mächtigen Staaten zusammengeschlossenen Gruppe zu rechnen hatten, die auf die Zurückdrängung des deutschen Einflusses aus war.

Dass Österreich-Ungarn sich gegen die grossserbischen Mächtschaften, die zur Bluttat in Serajewo geführt hatten, zur Wehr setzte, war nicht nur sein gutes Recht, sondern lag auch im Interesse einer Gesundung der Verhältnisse in Europa. Dies und insbesondere die Niederhaltung der grossserbischen Propaganda suchte Österreich-Ungarn zu erreichen durch eine Neuordnung der Machtverhältnisse auf dem Balkan, die es durch Heranziehung Bulgariens an den Dreibund an Stelle des unsicher gewordenen Rumäniens herbeizuführen gedachte. Diese Gedanken und Ziele waren erörtert in einem Handschreiben Kaiser Franz Josephs ¹⁾ an Kaiser Wilhelm und einer damit verbundenen Denkschrift. ²⁾ Beide wurden am 5. Juli 1914 durch den österreichisch-ungarischen Botschafter dem Kaiser Wilhelm überreicht. Eine Abschrift der Schriftstücke wurde gleichzeitig durch den Überbringer, Grafen Hoyos, dem Auswärtigen Amt überreicht. Dies sind die Tatsachen, die zu der viel berufenen Legende von dem Kronrat in Potsdam Anlass gegeben haben.

Über die Antwort, die dem Grafen Szögyény erteilt wurde, gibt eine von mir entworfene telegraphische Instruktion des damaligen Herrn Reichskanzlers an den Botschafter von Tschirschky in Wien vom 6. Juli Aufschluss. ³⁾ Sie befindet sich in den Akten des Auswärtigen Amtes und lautet meiner Erinnerung nach dahin:

Die Gefahren der panslawistischen Agitation würden auch in Deutschland nicht verkannt. Der Heranziehung Bulgariens an den Dreibund wurde mit gewissen Vorbehalten zugestimmt. Es wurden Bemühungen in Bukarest in Aussicht gestellt, um Rumänien bei dem Bündnis zu erhalten und von der gefährlichen serbischen Propaganda loszumachen; zu dem Konflikt mit Serbien wurde eine Stellungnahme abgelehnt. Es wurde aber betont, dass Deutschland gemäss dem Bündnis und der alten Freundschaft treu zu Österreich-Ungarn stehen würde. ⁴⁾

Man wird danach wohl schwerlich, wie es der bayerische Stimmungsbericht darstellt, von einer Blankovollmacht sprechen können. Wir haben Österreich-Ungarn zu seinem Vorgehen gegen Serbien weder zugeredet noch angestachelt, uns vielmehr lediglich darauf beschränkt, ihm davon nicht abzuraten. Unsere Haltung erschien mit Rücksicht auf unsere Bündnispflicht und die weltpolitische Lage geboten, und ich bin der Überzeugung, dass die grosse Mehrzahl der heutigen Kritiker dieser Politik damals nach gewissenhafter Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse ebenso gehandelt haben würde wie die Reichsleitung.

Der Inhalt des Ultimatum an Serbien stand meines Wissens zu jener Zeit noch nicht fest, jedenfalls war er uns unbekannt. Dass

¹⁾ Vgl. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 13.

²⁾ Vgl. Ebenda Nr. 14.

³⁾ Vgl. Ebenda Nr. 15.

⁴⁾ Vgl. Ebenda Nr. 15.

die in dem Bericht der bayerischen Gesandtschaft wiedergegebenen Forderungen von mir dem Herrn Berichterstatte mitgeteilt worden sind, bezweifle ich daher. Übrigens haben wir es, soweit mir erinnerlich, ausdrücklich abgelehnt, zu einer Formulierung der Forderungen an Serbien Stellung zu nehmen. Wie die Akten des Auswärtigen Amtes ergeben dürften, ist uns das von uns allseitig für zu scharf gehaltene österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien erst so spät von Wien mitgeteilt worden, dass uns eine Möglichkeit, auf seine Milderung hinzuwirken, nicht mehr gegeben war.

Wie sehr wir uns in der Folge bemüht haben, den Konflikt zwischen unserem Bundesgenossen und Serbien zu lokalisieren,¹⁾ ist allgemein bekannt. Unsere Bemühungen wären wohl auch erfolgreich gewesen, wenn England seinen grossen Einfluss auf Petersburg ebenso energisch geltend gemacht hätte, wie wir den unseren in Wien. Schliesslich hat dann die russische Gesamtmobilmachung, die von zum Kriege drängenden Gewaltpolitikern in Petersburg überstürzt wurde, unsere Bemühungen zum Scheitern gebracht.

Deutscherseits muss hiernach die Verantwortung für die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konflikts zum Weltkrieg abgelehnt werden. Die Veröffentlichung einseitiger Darstellungen ist nicht als geeignetes Mittel zur Aufklärung der Schuldfrage anzusehen. Ganz besonders gilt dies für die subjektiv gefärbten Stellen des bayerischen Berichts, dessen Verfasser doch nicht in die Vorgänge intim genug eingeweiht war, um ein objektiv zuverlässiges Bild der Dinge zu geben. Die historische Wahrheit wird erst dann festgelegt werden können, wenn einem Staatsgerichtshof oder noch besser einem internationalen Gerichtshof das einschlägige Material sämtlicher kriegführenden Mächte gewissenhaft unterbreitet wird. Die Untersuchung der Schuldfrage durch einen solchen unparteiischen Gerichtshof würde zweifellos allen jetzt unter schweren Verdächtigungen leidenden deutschen Staatsmännern nur erwünscht sein.

Nr 6

Die erschwerende Wirkung der Enthüllungen. Halbamtliche Mitteilung

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 605

Berlin, 28. November 1918

Die Ausschlichtung der bayerischen Enthüllungen über den Ursprung des Krieges durch die Entente-Prese hat begonnen. Schon machen sich englische Blätter daran, die Schuldfrage für gelöst zu

¹⁾ Vgl. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 142.

erklären und in diesem Sinne mit Rücksicht auf die kommenden Friedensverhandlungen propagandistisch auf die öffentliche Meinung gegen Deutschland einzuwirken. So bemerkt die „Westminster Gazette“:

„Es ist eine erstaunlich genaue Aufdeckung der Schuldfrage. Lerchenfeld zeigt uns eine kleine Clique in Berlin und Wien, die entschlossen war, der Welt den Krieg zu bringen. Niemals in der Geschichte wurde ein Verbrechen kaltblütiger und mit mehr Überlegung vorbereitet. Neben dieser kleinen Gruppe von Verschwörern in Berlin und Wien erscheint Napoleon in seinen schlimmsten Augenblicken als ein unschuldiger Mann. Es ist wahr, sie hatten einen anderen Krieg geplant, und der Kaiser konnte die Hand aufs Herz legen und erklären, er wüßte diesen Krieg nicht. Der Krieg, mit dem er rechnete, sollte Frankreich durch einen schnellen Schlag zu Boden werfen und Russland durch eine rasche Bewegung erledigen, während Deutschland Europa die Bedingungen diktieren würde. Einen teuflischeren Plan hat es nie gegeben, niemals einen Plan, der auf so viel Fehlberechnungen gegründet war und der so vollständig scheiterte. Jetzt ist es Sache der Welt, die Urheber des Verbrechens der Gerechtigkeit zu überantworten.“

Wenn aber die „Westminster Gazette“ nur „eine kleine Clique“ zu den Urhebern des Verbrechens zu stempeln versucht, verallgemeinert der „Daily Telegraph“ die Schuldfrage und — das mögen die Veranlasser dieser Enthüllungen besonders beachten — will das ganze deutsche Volk verantwortlich gemacht wissen. Dieses extrem deutschfeindliche Blatt erklärt:

„Von allen Seiten kommt die Bestätigung einer Überzeugung, die schon längst von den Alliierten gehegt wurde. Wenn wir fragen, warum die deutschen Stämme soviel Wert darauf legen, ihre schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit zu waschen, so ist die Antwort wahrscheinlich, dass sie wünschen, ein für allemal das preussische Übergewicht zu beseitigen. Vielleicht werden schliesslich zwei Republiken entstehen, eine mit Frankfurt als Hauptstadt, die andere mit Berlin. Wir können nur hoffen, dass in Deutschland irgend eine dauerhafte Regierung entstehen wird, mit der in Friedensverhandlungen zu treten für die Ententemächte möglich ist. Aber wir können keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Teilen des früheren Deutschen Reiches machen oder einige Staaten von der Verantwortung für den Krieg entlasten. Bayern ist genau so wie jeder andere Staat hineinverwickelt, und die Enthüllungen Lerchenfelds bestätigen nur unsere Ansicht, dass das ganze Deutschland sich dafür entschied, die Verantwortung für das Vorgehen der kaiserlichen Regierung zu übernehmen, und deswegen muss es dieselbe Verurteilung und dieselbe Strafe erwarten.“

Beide Pressestimmen, die sicherlich nicht allein bleiben werden, liefern den klaren Beweis, dass durch derartige, aus dem Zusammenhang gerissene Dokumente die an sich schon so schwierige Lage Deutschlands auf dem Friedenskongress ins Ungemessene gesteigert wird. Bei jeder Gelegenheit werden die Ententevertreter damit hausieren und, um immer extremere Forderungen durchzusetzen, darauf verweisen. Ist es des Schadens denn noch nicht genug?

Nr. 7

Pressenotiz des Auswärtigen Amtes

Berlin, 26. November 1918

Das Auswärtige Amt hat gegen die Veröffentlichung der Münchener Regierung sofort protestiert. Sie muss nach Ansicht des Auswärtigen Amtes gerade jetzt wie ein schwerer Schlag für unsere politische Arbeit wirken. Unsern Feinden und Verhandlungsgegnern ist sie eine Waffe in der Hand, die diese zu benützen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, dass der Vertreter Bayerns in Bern, Professor Förster, seiner Regierung auf Veranlassung eines Mittelsmannes von Clémenceau angeraten hat, Mitteilungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Bekenntnis Deutschlands zur Schuld am Kriege dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. Nach unserer Auffassung unterliegt es keinem Zweifel, dass es Herrn Clémenceau nur darauf angekommen ist, uns vor aller Welt durch unser eigenes Zeugnis ins Unrecht zu setzen. In den schrecklichen Irrtum, dass Clémenceau ein Mann wäre, der sich zur Milde stimmen liesse, wenn nur die Schuld am Kriege von Deutschland auf sich genommen würde, können nur Leute verfallen, die sich von dem Charakter des französischen Ministerpräsidenten ein falsches Bild machen.¹⁾ Die Akten des Auswärtigen Amtes werden auf Anordnung des Staatssekretärs Dr. Solf vom Unterstaatssekretär Dr. David hinsichtlich der dem Kriegsausbruch vorangegangenen diplomatischen Aktionen geprüft und das Ergebnis veröffentlicht werden.²⁾

¹⁾ Vgl. zu Nr. 6—11 auch Abschnitt III 8, 9, 11, 12, 20, 23.

²⁾ Bald darnach wurde Karl Kautsky von den Volksbeauftragten mit der Bearbeitung betraut.

Professor Foerster gegen das Auswärtige Amt

Pressemitteilung

28. November 1918

Das Berliner Auswärtige Amt behauptet, ich hätte auf Veranlassung eines Vertrauensmannes von Clémenceau angeraten, Mitteilungen zur Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen. Dazu bemerke ich:

Gewiss habe ich angeraten, das deutsche Volk über die wahre Vorgeschichte des Krieges aufzuklären. Dieser Rat aber entstammte keiner vom Ausland kommenden Anregung. Vielmehr habe ich stets die Auffassung vertreten, dass die jahrelange Irreleitung des deutschen Volkes durch das Berliner Auswärtige Amt die Hauptschuld an der Kriegsverlängerung trage und dass die moralische Aussöhnung Deutschlands mit dem Auslande erst dann möglich sei, wenn das deutsche Volk endlich wahrheitsgemäss erfahre, wie dieser Krieg entstanden und geführt worden ist. Um eine solche Auffassung zu vertreten, braucht man keine Anregung von Clémenceau, sondern nur ein wenig alte deutsche Wahrheitsliebe. Gewiss hatte ich Aussprachen mit Entente-Vertretern, einen Rat in bezug auf deutsche Fragen aber habe ich dabei weder erbeten noch empfangen. Wohl aber zeigten mir jene Aussprachen, dass man drüben an eine wirkliche Erneuerung Deutschlands noch nicht glauben will: das deutsche Volk, so sagt man, habe sich nur institutionell, aber noch nicht moralisch gewandelt. Es ist darum zweifellos, dass das deutsche Volk allein durch die volle Erkenntnis dessen, was geschehen ist, die richtige innere Stellung zu der erschütternden Erfahrung der jetzigen Stunde finden kann. Wenn nun das Berliner Auswärtige Amt meint, dass solche Aufklärung im gegenwärtigen Augenblick unterbleiben sollte, so zeigt das leider, dass die dort massgebenden Männer noch immer nicht den unseligen Irrtum abgetan haben, als müsse man um der Feinde willen dem deutschen Volke die Wahrheit vorenthalten, als ob das Ausland nicht längst über alle jene Dinge genau informiert wäre, und als ob nicht gerade das freie Bekenntnis der Schuld dem Ausland allein die Bürgschaft gebe, dass wir uns ehrlich von dem bösen Geiste lossagen wollen, der uns in diesen Krieg getrieben hat.

Professor F. W. Foerster

Nr. 9

Französisches Dementi

(Nach Münchener Zeitung 329 vom 30. November 1918)

Eine Note der „Agence Havas“ besagt:

Wir sind in der Lage, behaupten zu können, dass diese Information völlig aus der Luft gegriffen ist.¹⁾ Zu keiner Zeit und in keiner Form hatte Clémenceau jemals Beziehungen zu den offiziellen Agenten oder Sekretären Nord- oder Süddeutschlands. Keiner von ihnen konnte von der französischen Regierung inspiriert werden. Wie dem auch sei, zeigen die Funksprüche aus Nauen, dass die Berliner Regierung allen Lügen der alten Regierung Rechnung trägt.

Nr. 10

Auf Anregung Clémenceaus?Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 609

30. November 1918

Zu den Erörterungen über die Münchener Aktenveröffentlichung erfahren wir, dass der hiesige Gesandte der bayerischen Regierung, Dr. Muckle, als er von amtlicher Seite wegen dieser Publikation zur Rede gestellt wurde, sich dahin geäußert habe, dass die Veröffentlichung auf eine Anregung Clémenceaus erfolgt sei, der bei dem bayerischen Gesandten in Bern die Bekanntgabe von Deutschland belastendem Material als friedensfördernd angeregt habe.

Nr. 11

Professor Foersterns EntgegnungMünchener Neueste Nachrichten
Nr. 607

1. Dezember 1918

Sie bringen in Ihrer Nr. 606 die Behauptung des bayerischen Gesandten in Berlin, dass die bekannten Enthüllungen aus den bayerischen Akten auf Anregung Clémenceaus erfolgt seien, der bei mir die Bekanntgabe von Deutschland belastendem Material als friedens-

¹⁾ Nämlich, dass die bayerische Aktenpublikation auf Anregung Clémenceaus erfolgt sei.

fördernd angeregt habe. Ich wiederhole, dass es sich hier um eine Legende handelt, an der kein wahres Wort ist. Die behauptete Anregung ist mir weder von Clémenceau noch von irgend einem seiner Vertrauensmänner zugekommen. Ich habe nur ganz allgemein den Rat gegeben, nunmehr die ganze Literatur hereinzulassen, die sich mit den Kriegsursachen beschäftigt, weil meiner Überzeugung nach das vier Jahre unter Zensur gehaltene deutsche Volk ohne eine solche Aufklärung zu keiner moralischen Verständigung mit der Umwelt kommen kann. Ich darf wohl darauf rechnen, dass die gesamte Presse, die jene Legende gebracht hat, ihren Lesern auch von diesem wiederholten Dementi Kenntnis gibt.

Nr. 12

**Amtliche Mitteilung des bayerischen Ministeriums des
Äußern**

Münchener Neueste Nachrichten
Nr. 608

2. Dezember 1918

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, die Veröffentlichung der bayerischen Gesandtschaftsberichte sei zurückzuführen auf eine Anregung Clémenceaus; Clémenceau habe das natürlich in Abrede gestellt. Hierzu schreibt uns unser bayerischer Gesandter in Berlin, dass er sich über die Ursache der Veröffentlichung dahin geäußert habe, die bayerische Regierung wolle auf diese Weise einen Druck auf die Vertreter des alten Systems ausüben, dass sie ihren Posten endlich verlassen. Die bayerische Regierung habe aber auch die Überzeugung, dass eine solche Veröffentlichung das Vertrauen der Entente zur deutschen Regierung und zum deutschen Volk stärken müsse.

Nr. 13

Erwiderung von Dr. Muckle

In der „Freiheit“ vom 3. Dezember 1918 erklärt Dr. Muckle:

Die Deutsche Allgemeine Zeitung weiss zu berichten, ich hätte mich dahin geäußert, dass die Veröffentlichung der auf den Kriegsursprung sich beziehenden Akten durch die bayerische Regierung auf eine Anregung Clémenceaus erfolgt sei. Diese Darstellung ist falsch. Jedem Ausfrager, dem ich Aufschluss gab, habe ich folgendes unterbreitet: Der provisorische bayerische Gesandte in Bern, Professor Foerster, welcher Beziehungen unterhält zu Männern, welche mit den

Anschaungen Clémenceaus vertraut sind, hat versichert, dass die Veröffentlichung von Akten, welche erwiesen, wie sehr die deutsche Regierung 1914 zum Kriege drängte, besänftigend auf Clémenceau wirken müssen und dass damit die Sache des Friedens nur gefördert werden könne. Im übrigen stehe auch ich gleich Professor Foerster auf dem Standpunkt, dass es dem deutschen Volke, welches in ein Netz von Lügen eingesponnen worden war, sicher nicht schaden könne, wenn es endlich dieses Netz erbarmungslos zerreisst und der Wahrheit die Ehre gibt.

Nr. 14

Erklärung Professor Foersters

Freiheit Nr. 39

6. Dezember 1918

Der bayerische Gesandte in der Schweiz, Professor Foerster, telegraphiert uns aus München:

Der Herr Gesandte Dr. Muckle hat Ihnen mitgeteilt, ich hätte versichert, dass die Veröffentlichung von Akten zur Vorgeschichte des Krieges besänftigend auf Clémenceau wirken werde. Auch diese Formulierung geht auf ein Missverständnis zurück. In meinen Berichten aus der Schweiz habe ich mich mit irgend einer Einwirkung auf die Person Clémenceaus in keiner Weise beschäftigt, sondern nur von dem allgemeinen Unglauben an den Durchbruch eines neuen Geistes in Deutschland gesprochen. Dieser Unglaube werde wohl erst dann verschwinden, wenn das deutsche Volk gründlich über die wahre Vorgeschichte des Krieges unterrichtet werde. Dem vier Jahre systematisch irreführenden deutschen Volke müsse Aufklärung werden, in wie grossem Umfang die Anklagen der Gegner berechtigt seien.

Nr. 15

Die deutsche Reichsregierung an die Regierungen der Entente

Öffentliche Kundgebung

Berlin, 29. November 1918

Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten und in Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständiges, wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Ver-

handlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit übernommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Missdeutung niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Hergänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Versöhnung der Völker, ist die einzig mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Bund der Völker.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, dass eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilsspruch gewährleisten. Die Regierungen sämtlicher kriegführenden Mächte müssten sich bereit erklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Urkundenmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegsausbruches die Geschehnisse der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle Zeugen, deren Aussagen für die Beweiserhebung von Bedeutung sein können.¹⁾

¹⁾ Die Vorarbeiten für eine deutsche Gesamtpublikation (Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch) wurden im Auftrage der Reichsregierung im November 1918 von Karl Kautsky aufgenommen. Deutsche Dokumente, Vorwort.